

Westeuropas Sicherheitspolitik

KLAUS-PETER KLAIBER

Die sicherheitspolitische Diskussion in Europa wurde im Jahre 1985 von den Bemühungen der beiden Großmächte beherrscht, nach Jahren der Sprachlosigkeit und des gegenseitigen Mißtrauens zum Dialog und zur begrenzten Zusammenarbeit zurückzufinden. Europas Sicherheit bleibt gekoppelt an das Sicherheitsnetz von Sowjetunion und USA. Das militärische Gleichgewicht bleibt Garant für Frieden und Stabilität in Europa. Politisch-atmosphärische, wirtschaftliche und militärische Veränderungen zwischen den Großmächten beeinflussen die politische Wetterlage, auch in Europa.

8. Januar 1985 – 21. November 1985

Die Hoffnungen der Europäer auf eine Verbesserung des West-Ost-Klimas stiegen mit dem 7. und 8. Januar 1985. Die Außenminister der USA und der Sowjetunion, George Shultz und Andrei Gromyko, trafen sich in Genf zur Vorbereitung der nächsten Runde der Abrüstungsverhandlungen. Der Dialog der Großmächte auf hoher politischer Ebene kam wieder in Gang. Für die Genfer Verhandlungen wurden klare und unmißverständliche Zielvorgaben im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle gesetzt. So heißt es in der gemeinsamen Erklärung¹: „Die beiden Seiten stimmen darin überein, daß das Verhandlungsthema ein Fragenkomplex über Weltraum- und Nuklearwaffen – sowohl der strategischen als auch der mittleren Reichweite – sein wird, wobei all diese Fragen in ihrer Wechselbeziehung erörtert und gelöst werden. Ziel dieser Verhandlungen wird sein, wirksame Vereinbarungen auszuarbeiten, die darauf gerichtet sind, ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und das auf Erden zu beenden, Kernwaffen zu begrenzen und zu verringern und die strategische Stabilität zu festigen. . . . Beide Seiten sind der Auffassung, daß die bevorstehenden Verhandlungen, sowie die Bemühungen, Rüstungen im allgemeinen zu begrenzen und zu verringern, letzten Endes überall zu einer vollständigen Beseitigung von Kernwaffen führen sollten.“

Aus europäischer Sicht war diese Erklärung aus zweierlei Gründen bemerkenswert. Zum einen setzten sich die Außenminister dafür ein, neben den strategischen auch die Nuklear-Waffen mittlerer Reichweite (LRINF) zu beseitigen, zum zweiten bekräftigten sie den Willen zur Festigung der strategischen Stabilität.

Anläßlich der Beisetzungsfestlichkeiten für den sowjetischen Generalsekre-

tär Tschernenko am 12. März 1985, kam es zu einer Begegnung zwischen Bundeskanzler Kohl und Generalsekretär Honecker. In einer gemeinsamen Pressemitteilung² erklärten sie anschließend, daß mit der Wiederaufnahme des Rüstungskontrolldialogs zwischen den USA und der Sowjetunion eine neue Phase in den West-Ost-Beziehungen eingeleitet werden könne. Positiv beurteilten sie die Möglichkeit, daß von den Genfer Rüstungskontrollgesprächen generelle Impulse für eine Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses ausgehen können. Dem politischen Dialog und der Zusammenarbeit zwischen Ost und West komme gerade jetzt großes Gewicht zu.

Die Ausgangslage für eine Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses war nicht schlecht: Der neue Generalsekretär der KPdSU, Michael Gorbatschow, hat sich offenbar zum Ziel gesetzt, sein Land aus der wirtschaftlichen Stagnation der letzten Breschnew-Jahre herauszuführen. Dieses Ziel dürfte er jedoch nur erreichen, wenn es ihm gelingt, den immer kostspieliger werdenden Rüstungswettlauf mit den USA zu begrenzen. Ronald Reagan möchte dagegen nach Erfolgen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik in seiner zweiten Amtsperiode auch außenpolitisch reussieren.

Im Verlauf des Jahres bereitete sich Reagan in engen Kontakten mit seinen europäischen Verbündeten auf ein Gipfeltreffen mit dem sowjetischen Parteichef vor, das für den 20./21. November 1985 in Genf verabredet worden war. In einem von beiden Seiten meisterlich inszenierten Auftritt verabschiedeten Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow am 21. November in Genf eine gemeinsame Erklärung³. Beide Seiten, so heißt es dort, strebten nicht nach militärischer Überlegenheit; sie bekräftigten ausdrücklich die am 8. Januar 1985 von den Außenministern festgelegten Ziele, nämlich ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und es auf der Erde zu beenden, die atomaren Waffen zu begrenzen und zu verringern und die strategische Stabilität zu verbessern. Sie setzten sich ferner für das Prinzip einer 50-prozentigen Verringerung der Kernwaffen der USA und der UdSSR ein, sowie für den Gedanken einer Zwischenvereinbarung über die Mittelstreckenraketen. Sie betonten die Bedeutung der multilateralen Verhandlungsforen von MBFR und KVAE und traten für einen raschen und erfolgreichen Abschluß der Arbeiten dieser Konferenzen ein. Sie plädierten schließlich für einen engen fortlaufenden Dialog auf verschiedenen Ebenen und vereinbarten Treffen auf Ebene der Regierungschefs.

Die Gipfelbegegnung in Genf wurde in Europa positiv aufgenommen. Die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen hatten sich aus der Erstarrung gelöst. Auf dieser Basis konnten sich Chancen auf konkrete Ergebnisse in den Abrüstungs- und Rüstungskontrollbemühungen ergeben.

Der europäische Beitrag im West-Ost-Dialog

In der Vergangenheit hatten die Europäer in West und Ost mit unterschiedlichem Nachdruck Anstrengungen unternommen, ihrer eigenen Verantwortung in den West-Ost-Beziehungen gerecht zu werden. Wichtigstes Forum, um spe-

zifische europäische Interessen zur Geltung zu bringen, stellt die KSZE dar, die den Dialog zwischen den beiden Großmächten auch in schwierigen Zeiten gewährleistete. Aus Anlaß des 10. Jahrestages der KSZE-Schlußakte in Helsinki bekannten sich am 1. August 1985 alle Teilnehmerstaaten zur Fortsetzung des KSZE-Prozesses.

Bundesaußenminister Genscher hob die Bedeutung der KSZE für Europa in einer Rede vor der American European Community Association in Den Haag am 28. November 1985⁴ eindrucksvoll hervor: „Die Schlußakte von Helsinki ist sozusagen die Magna Charta der hohen Kunst des Zusammenlebens. Aus dem KSZE-Prozeß ergeben sich nicht nur Rechte, sondern auch Verpflichtungen und Herausforderungen. Wir Europäer müssen hier weiter eine aktive Rolle spielen und die Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Paktes in ihrer ganzen Breite entwickeln. Wir müssen die Interessen der anderen Seite erkennen, die Sicherheitsinteressen, die ökonomischen Interessen, die politischen Interessen und die kulturellen Interessen. Eine der großen Errungenschaften der Schlußakte von Helsinki ist die Einbindung der beiden Großmächte in den KSZE-Prozeß. Die Anerkennung der Anwesenheit und Mitsprache der Vereinigten Staaten und Kanadas auf dem europäischen Kontinent entspricht den Realitäten. . . . Es nützt sowohl der transatlantischen wie der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, wenn die Europäer einen eigenen Beitrag zum West-Ost-Verhältnis leisten. . . . Die Aufwertung der europäischen Rolle im internationalen Kräfteverhältnis verlangt mehr als nur Reaktion auf Initiativen anderer, mehr als das Vortragen von Bedenken und Kritik.“

Neben der KSZE nimmt auch die KVAE einen wichtigen Platz unter den multilateralen Verhandlungsforen, an denen Europa beteiligt ist, ein. Auch an diesem Tisch, der die KSZE-Teilnehmerstaaten zu Verhandlungen über Abrüstung und vertrauensbildende Maßnahmen in Stockholm zusammenführt, kann bei vorhandenem politischen Willen zur Entschärfung des West-Ost-Gegensatzes beigetragen werden. Für die Europäer kam es im Berichtszeitraum darauf an, ihre Auffassungen in der EPZ zu koordinieren und in den Konferenzen gemeinsam aufzutreten.

Strategic Defence Initiative

Im Jahre 1984 war von der großen Herausforderung für Europa die Rede⁵, die mit dem Forschungsprogramm der Amerikaner (SDI) für eine Raketenabwehr im Weltraum verbunden sei.

In der SDI-Diskussion des Jahres 1985 überraschten die USA am 15. April mit einem Brief ihres Verteidigungsministers Weinberger an die europäischen Verbündeten. Weinberger fragte an, ob Interesse an einer Beteiligung am amerikanischen Forschungsprojekt bestehe. Frankreich lehnte alsbald eine Beteiligung am amerikanischen Forschungsprogramm ab; Großbritannien bekundete Interesse und schloß im Herbst 1985 ein geheimes Memorandum of understanding mit der amerikanischen Regierung ab.

Italien hatte bis Ende 1985 noch keine Entscheidung getroffen. In der Bundesrepublik Deutschland kam es zu einer kontrovers geführten Auseinandersetzung über das Für und Wider der amerikanischen Offerte. Am 27. März 1985 befaßte sich das Kabinett erstmals mit dem amerikanischen SDI-Programm und stellte fest⁶:

- „Die Bundesregierung begrüßt die Feststellung der US-Regierung, daß
- mit der strategischen Verteidigungsinitiative keine Überlegenheit angestrebt wird,
 - die Ergebnisse der Forschungsphase abgewartet werden müssen, bevor Entscheidungen gefällt werden können, die über die Forschung hinausgehen und
 - sie zu kontinuierlichen und intensiven Konsultationen mit ihren Verbündeten bereit ist.“

Unter Bezugnahme auf die Bestimmungen des ABM-Vertrages, der eine Begrenzung der Systeme zur Abwehr ballistischer Raketen stipuliert, erklärte Bundeskanzler Kohl am 18. April 1985⁷:

- „Es ist nach Auffassung der Bundesregierung unerlässlich, daß vor Entscheidungen, die über die Forschung hinausgehen, kooperative Lösungen gesucht werden, die gewährleisten,
- daß die strategische Stabilität erhalten und nach Möglichkeit verbessert wird;
 - daß die nuklearen Offensivpotentiale drastisch reduziert werden und
 - daß das Verhältnis von Offensiv- zu Defensivwaffen einvernehmlich definiert wird, um ein Höchstmaß an Stabilität auf kleinstmöglichem Rüstungsniveau zu gewährleisten.“

Am 18. Dezember 1985 schließlich legte die Bundesregierung dann ihre Haltung unzweideutig fest⁸. Sie bekräftigte die politische Unterstützung für das Forschungsprogramm, lehnte jedoch eine staatliche Beteiligung ebenso wie die Bereitstellung öffentlicher Mittel ab. Der Bundesminister für Wirtschaft wurde beauftragt, im Januar 1986 mit der amerikanischen Regierung in Verhandlungen über eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für den wechselseitigen Transfer wissenschaftlicher Forschungsergebnisse und technologischer Erkenntnisse zu treten. Dabei soll auch die privatrechtliche Position derjenigen deutschen Forschungsinstitute und Unternehmen verbessert werden, die sich als Auftragsnehmer am SDI-Forschungsprogramm beteiligen wollen.

Die Diskussion verdeutlichte, daß mit SDI außerordentlich schwierige technologische Herausforderungen verbunden sind, und daß über die politisch-strategischen Konsequenzen bei einer geglückten Realisierung dieses Forschungsprogramms noch kaum nachgedacht worden ist. Die USA und Europa stehen hier erst am Anfang eines Meinungsbildungsprozesses, der allerdings entscheidend vom Verlauf der Abrüstungsverhandlungen der Großmächte beeinflusst werden dürfte.

WEU

Die Belebung der WEU, die 1984 vorangetrieben wurde, konnte 1985 in ihren wesentlichen Zügen abgeschlossen werden. Das Generalsekretariat wurde gestrafft und die neuen Agenturen für Sicherheitsfragen eingerichtet. Auf den WEU-Ministertreffen am 22. und 23. April in Bonn und am 14. November in Rom konnten die Beratungen zwischen den Außen- und Verteidigungsministern intensiviert werden. Das brisanteste Thema im Kreis der Sieben war die Abstimmung über SDI. In Ziffer 7 des WEU-Kommuniqués vom 22. und 23. April heißt es⁹: „Die Minister untersuchten ferner Fragen in Verbindung mit den Forschungsanstrengungen in Bezug auf strategische Verteidigung. Sie kamen überein, ihre gemeinsamen Beratungen fortzusetzen, um so weit wie möglich eine koordinierte Reaktion ihrer Regierungen auf die Einladung der Vereinigten Staaten zu erreichen, an dem Forschungsprogramm teilzunehmen und wiesen den Ständigen Rat entsprechend an“.

In Rom einigten sich die Sieben dann im November, daß es den europäischen Unternehmen und wissenschaftlichen Instituten freigestellt bleiben müsse, sich am amerikanischen Forschungsprogramm SDI zu beteiligen; staatliche Mittel würden nicht bereitgestellt. Die Abstimmung der Sieben über die politischen, strategischen und militärischen Aspekte von SDI werde fortgesetzt. Diese WEU-Beratungen beweisen, daß die Sieben eine Koordinierung ihrer Standpunkte für nützlich und notwendig halten, um im NATO-Rahmen eine abgestimmte Haltung vertreten zu können.

Einheitliche Europäische Akte

Nach zähen Verhandlungen gelang es den zehn Mitgliedstaaten und den zwei Beitrittskandidaten Spanien und Portugal, die Einheitliche Europäische Akte zu beschließen, die die Gemeinschaft auf dem Schritt zur Europäischen Union einen großen Schritt voranbringt. In den Vertragsbestimmungen über die Europäische Zusammenarbeit in der Außenpolitik heißt es im Artikel 30, Ziffer 6 a: „Die Hohen Vertragsparteien sind der Auffassung, daß eine engere Zusammenarbeit in Fragen der europäischen Sicherheit geeignet ist, wesentlich zur Entwicklung einer außenpolitischen Identität Europas beizutragen. Sie sind zu einer stärkeren Koordinierung ihrer Standpunkte zu den politischen und wirtschaftlichen Aspekten der Sicherheit bereit.“¹⁰

Die augenscheinlich immer bessere Zusammenarbeit der inzwischen zwölf EG-Mitgliedstaaten gerade auch im Bereich der Sicherheitspolitik bildet eine nützliche Ergänzung zur engen Kooperation zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland auf diesem Gebiet einerseits und dem regelmäßigen Meinungsaustausch in der WEU andererseits. Der Wille, auch im Bereich der Sicherheit und Verteidigung die eigenen Interessen klarer zu definieren und gemeinsam im Bündnis zu vertreten, stärkt Europa und trägt zum Frieden bei. 1985 war ein gutes und erfolgreiches Jahr für Europa.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Europa-Archiv, Bonn 1985, Folge 3, S. D 60.
- 2 Vgl. Bulletin des Presse- u. Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 28 v. 14.3.1985, S. 230.
- 3 Vgl. Europa-Archiv, Bonn 1985, Folge 24, S. D 687ff.
- 4 Vgl. Bulletin des Presse- u. Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 136 v. 4.12.1985, S. 1191ff.
- 5 Vgl. Klaus-Peter Klaiber, Westeuropas Sicherheitspolitik, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1984, S. 245–250, hier S. 250.
- 6 Vgl. Bulletin des Presse- u. Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 35 v. 29.3.1985, S. 289.
- 7 Vgl. Bulletin des Presse- u. Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 40 v. 19.4.1985, S. 342–343.
- 8 Vgl. Bulletin des Presse- u. Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 146 v. 20.12.1985, S. 1279–1280.
- 9 Vgl. Bulletin des Presse- u. Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 44 v. 25.4.1985, S. 373.
- 10 Vgl. Europa-Archiv, Bonn 1986, Folge 6, S. D 160ff. Die Einheitliche Europäische Akte ist auch abgedruckt als Dokument Nr. 7 in diesem Band.

Weiterführende Literatur

- Eberle, James, John Roper, William Wallace u. Phil. Williams, European Security Cooperation and British Interests, in: *International Affairs*, London 1984, Nr. 4, S. 545–560.
- Ehmke, Horst, Eine Politik zur Selbstbehauptung Europas, in: *Europa-Archiv*, Bonn 1984, Folge 7, S. 195–204.
- Komer, Robert-W., Sicherheitsfragen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa, in: *Europa-Archiv*, Bonn 1984, Folge 8, S. 249–258.
- Schwed, Pierre u. Henri Bagnouls, Vers une défense européenne, in: *Défense Nationale*, Paris 1984, Nr. 40, S. 43ff.
- Weidenfeld, Werner, Perspektiven einer engeren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten, in: *DGFK Jahrbuch 1982/83*, Baden-Baden: Nomos 1983, S. 467–477.